

Umsetzung mangelhaft

*Imke Dierßen ist
Referentin für Europa und
Zentralasien bei
amnesty international.*



Menschenrechte im Kosovo

Seit 1999 wird der Kosovo durch eine UN Mission (UNMIK) verwaltet. Eine internationale Verwaltung des Kosovo sollte kein Dauerzustand bleiben, Kompetenzen sollten nach und nach auf eine kosovarische Regierung übertragen werden. Doch lange wollte die internationale Gemeinschaft „Standards vor Status“.

Vor einer endgültigen Entscheidung über den Status eines zukünftigen Kosovo, das heute noch völkerrechtlich zu Serbien gehört, sollten in der Provinz rechtsstaatliche Prinzipien eingeführt und Menschenrechtsstandards durchgesetzt werden. Lange hat es daher gedauert bis Statusverhandlungen aufgenommen wurden. Der UN Sondergesandte Martti Ahtisaari wurde beauftragt, einen Vorschlag zu erarbeiten, den er Mitte März vorlegte und der eine „international überwachte Unabhängigkeit“ des Kosovo vorsieht. Eine Delegation der Kosovo-Albaner erklärte jüngst erneut, dass die Forderung nach einer vollständigen Unabhängigkeit der Provinz „nicht verhandelbar“ sei. Die serbische Regierung wehrt sich jedoch dagegen und erhält Unterstützung von russischer Seite. Russland hat dafür gesorgt, dass der Ahtisaari-Vorschlag im UN Sicherheitsrat gar nicht erst zur Abstimmung gekommen ist.

Große Versäumnisse beim Minderheitenschutz

Eine dauerhafte Lösung für ein zukünftiges Kosovo konnte also bisher nicht gefunden werden. Ein Kompromiss über den endgültigen Status soll bis Dezember erreicht werden. „Status vor Standards“ heißt es nun. Denn bei allen Fortschritten der letzten Jahre bleibt vieles unerreicht. Die UNMIK und die provisorische Regierung des Kosovo müssen sich vorhalten lassen, bei der Durchsetzung international verbriefter Menschenrechte, beim Minderheitenschutz und im rechtsstaatlichen Bereich große Versäumnisse zu verantworten.

Im Kosovo herrscht ein Klima der Straflosigkeit für schwere Menschenrechtsverletzungen. Bis Mitte 2002 wurden 17 Serben wegen Kriegsverbrechen an der albanischen Bevölkerung angeklagt. Seit 2002 wurden nur sechs Fälle mutmaßlicher Kriegsverbrecher vor Gerichten verhandelt. In sehr wenigen Fällen waren die Opfer Angehörige einer ethnischen Minderheit. Kein Fall von Gewalt an Frauen wurde jemals vor Gericht gebracht, obwohl Vergewaltigungen von Frauen bei den Auseinandersetzungen an der Tagesordnung waren. Im Juni 1999 wurde eine Serbin, die anonym bleiben möchte, in der Gegend von Gjilan/ Gnjilanë entführt. Sie wurde in ein Haus verschleppt, ihr wurde das T-Shirt vom Körper gerissen, ein Kissen auf ihr Gesicht gepresst und sie wurde von mehreren Männern wiederholt vergewaltigt. Als sie nach vier Tagen frei gelassen wurde, erstattete sie trotz Todesdrohungen durch ihre Vergewaltiger Anzeige. Es wurden nie Ermittlungen aufgenommen.

Ethnisch motivierter Mord

Viele Fälle von „verschwundenen“ und entführten Albanern, Serben, Roma und anderen Minderheiten wurden bis heute ebenso wenig aufgeklärt wie die zahlreichen Fälle von ethnisch motiviertem Mord. Im Mai 2006 galten noch 1.713 Albaner und 683 Minderheitenangehörige als vermisst. Die Suche nach den Vermissten scheint nur geringe Priorität zu genießen. Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international und internationale Gremien wie der UN Menschenrechtsausschuss haben die UNMIK scharf dafür

KOSOVO

Angesichts der lang andauernden Verhandlungen über den Status des Kosovo und deren unklaren Ausgang, ist die Atmosphäre spannungsgeladen und erneute ethnisch motivierte Unruhen sind nicht ausgeschlossen.

kritisiert, dass die Verfolgung der Täter sträflich vernachlässigt wird. Dies gilt ganz besonders für Gewalttaten, die nach dem Einmarsch der KFOR im Juli 1999 verübt wurden. Damals wurden viele Serben und Roma aller Wahrscheinlichkeit nach von Mitgliedern der paramilitärischen albanischen UÇK entführt. Vesel Rama, ein Roma aus Priština, „verschwand“ im Juli 2005. Seine sterblichen Überreste wurden später gefunden und 2005 exhumiert. Eine Anklage wurde auch in diesem Entführungsfall jedoch nie erhoben.

Die Straflosigkeit hat gravierende Folgen für die Befriedung des Kosovo. Viele leiden bis heute sehr darunter, dass sie nichts über das Schicksal ihrer entführten Angehörigen wissen und niemand für deren „Verschwinden“ zur Verantwortung gezogen wird. Ihr Vertrauen in das kosovarische Rechtssystem wird dadurch gerade nicht geweckt. Und das Misstrauen zwischen den Volksgruppen scheint vielfach unüberwindbar.

Ethnische Minderheiten und Albaner, die sich im Norden des Kosovo in einer Minderheitensituation befinden, leben vielfach in Enklaven. In den letzten Monaten sind ethnisch motivierte Gewalttaten im Kosovo zwar zurückgegangen, Enklaven und Kulturgüter müssen dennoch häufig weiterhin durch KFOR und kosovarische Polizeikräfte vor Übergriffen geschützt werden. Minderheitenangehörige benötigen mittlerweile weniger Begleitschutz bei ihren Reisen innerhalb des Kosovo. Ihre Bewegungsfreiheit bleibt jedoch in vielen Fällen eingeschränkt. So werden Busse, die Serben durch mehrheitlich albanisch bewohnte Gebiete transportieren, mit Steinen attackiert oder an der Weiterfahrt gehindert.

Große Angst, die Täter anzuzeigen

Dass tätliche Übergriffe auf Roma in jüngster Zeit nicht bekannt geworden sind, erklären Vertreter der Roma-Gemeinschaften damit, dass Roma Angriffe vielfach nicht zur Anzeige bringen. Sie werden in hohem Maße diskriminiert und können daher ihren Rechten weder vor Behörden noch vor Gerichten erfolgreich Geltung verschaffen.

Bei Unruhen im März 2004 zielten die Angriffe nicht nur auf Serben, sondern unter anderem auch auf die Aschkali-Gemeinde in dem Dorf Vucitrn/Vushtrii. Die mehrheitlich albanisch-sprachigen und muslimischen Aschkali sind vergleichsweise besser in die Gesellschaft integriert als die Roma, fühlen sich jedoch auch keineswegs sicher. Der gewaltsame Tod eines Aschkali im Mai 2007 hat zu großer Bestürzung unter den Aschkali geführt. Sie beklagen fortdauernde Unsicherheit und Diskriminierung und hoffen auf verstärkten Schutz für ihre Gemeinden.

Angesichts der lang andauernden Verhandlungen über den Status des Kosovo und deren unklarem Ausgang, ist die Atmosphäre spannungsgeladen und erneute ethnisch motivierte Unruhen sind nicht ausgeschlossen. Vieles spricht dafür, dass dann wieder vor allem ethnische Minderheiten wie die der Serben, Roma, Aschkali und Ägypter sowie Albaner, die in einer Minderheitensituation leben wie zum Beispiel in Nord Mitrovica, die Leidtragenden sein werden.

Soziale Diskriminierung ist an der Tagesordnung

Darüber hinaus ist Diskriminierung für viele ethnische Minderheiten im Kosovo an der Tagesordnung. Sie haben große Schwierigkeiten, zum Beispiel Zugang zu medizinischer und sozialer Versorgung zu erhalten. Ihr Eigentum ist zerstört oder andere leben darin, und sie erhalten für den erlittenen Verlust oder Schaden keine Kompensation. Häuser, die mühsam wieder aufgebaut wurden, werden immer wieder beschädigt, so dass Rückkehrer sie nicht beziehen können. So wurden die mit Hilfe des Technischen Hilfswerkes wieder errichteten Häuser von Serben, die in ihren Heimatort in der Nähe von Istok/Istog zurückkehren wollten, im Juni 2006 von Unbekannten mit Waffengewalt angegriffen.

Vor allem Roma und Serben sind in besonderer Weise benachteiligt und nicht in der Lage, sich eine Lebensgrundlage zu schaffen, die ihnen ein Leben in Würde und Sicherheit verspricht. Dass Angehörige der Roma-, Aschkali- und Ägypter-Gemeinschaften vielfach keine Personenstandsdokumente besitzen, trägt zusätzlich zu deren Ausschluss aus der Gesellschaft bei.

Forderungen

Eine erzwungene Rückkehr in den Kosovo ist ethnischen Minderheiten sowie traumatisierten Menschen im Moment nicht zuzumuten. Deutschland sollte den hier langjährig Geduldeten stattdessen einen sicheren Aufenthaltsstatus erteilen und dafür Sorge tragen, dass die Bedingungen für eine Rückkehr in Sicherheit und Würde im Kosovo erst einmal geschaffen werden.